



Mai-Kundgebung der LINKEN in Suhl

Foto: KaWa

Wir zitieren auszugsweise aus dem Leitartikel des Parteivorstandes an den Parteitag

Für Demokratie und Solidarität! Gegen den Rechtsruck!

DIE LINKE fordert eine soziale Offensive für alle, die Investitionsprogramme für öffentliche Infrastruktur und Integration auflegt, den Staat handlungsfähig macht mit mehr Personal im öffentlichen Dienst, bezahlbaren Wohnraum schafft, Armut bekämpft, Sozialstaat und Daseinsvorsorge stärkt, Kommunen und Ländern entlastet, den Mindestlohn ausnahmslos für alle auf 10 Euro anhebt und endlich auch die Reichen und Steuerflüchtlinge ins Steuersystem integriert...

Eine soziale Offensive ist ein erster notwendiger Schritt, um das Pendel nicht weiter nach rechts ausschlagen zu lassen: Um den Rechten den ansonsten weiter wachsenden Nährboden zu entziehen. Ängste vor sozialem Abstieg müssen genommen werden. Wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt mit einer Politik für soziale Gerechtigkeit nicht endlich gestärkt wird, wenn stattdessen die Verteilungskonflikte in der Gesellschaft weiter geschürt werden, droht die Demokratie mit einem weiteren Rechtsruck schweren Schaden zu nehmen.

Kräfte bündeln. Auf Solidarität aufbauen. Rassisten entgegenreten, Rechtsruck stoppen!

Es geht um alles! Der Kampf

gegen den Rechtsruck in Europa und hierzulande wird in den kommenden Monaten die bestimmende Aufgabe der Linken und all derjenigen, die aufstehen gegen Rassisten für eine offene und menschliche Gesellschaft. Es gibt eine Entwicklung, die Hoffnung und Mut macht, auf der wir aufbauen können...

Statt eines Verfassungsschutzes, der tief in den NSU-Skandal verstrickt ist, fordert DIE LINKE eine unabhängige Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Bundesprogramme gegen rechts müssen finanziell gestärkt und dauerhaft gefördert werden...

Um eine breite Gegenbewegung gegen die politische Rechte anzustoßen, müssen sich die Kräfte bündeln.

Eine gesellschaftliche Gegenbewegung gegen Rassismus und den Rechtsruck muss politisch flankiert werden. Wir fordern vor allem die Sozialdemokratie und die Grünen auf, sich daran zu beteiligen und gesellschaftliche Anstrengungen für Antirassismus und Willkommenskultur in den Parlamenten zu unterstützen. Es muss Schluss sein mit den Verschärfungen des Asylrechts. Es muss Schluss sein mit einer Politik, die den Rechten hinterherläuft und sie so stark macht!

Amerikanische Investoren fürchten sich vor dem Suhler Stadtrat

Mark Hauptmann hat es in der ihm eigenen Art auf den Punkt gebracht: „Diese Befürchtungen (der Gegner von TTIP-E.G.) lösen sich durch einen Blick auf die Realität in Luft auf“, erklärte er laut „Freies Wort“ in der Debatte des Suhler Stadtrates über den von der Stadtratsfraktion DIE LINKE eingebrachten Antrag gegen das Freihandelsabkommen. Er soll weiter gesagt haben, dass „bei keinem anderen Abkommen dieser Größenordnung...die Öffentlichkeit in einem solchen Umfang in den Verhandlungsprozess eingebunden“ sei. Diese Aussage ist – wenn sie richtig wiedergegeben wurde – ziemlich das Unverschämteste, was über die hochgeheimen Verhandlungen gesagt wurde. Es ist gut, dass es Greenpeace geschafft hat, TTIP-Dokumente zu leaken, und diese Dokumente haben gezeigt, dass die Befürchtungen der TTIP-Gegner alles andere als übertrieben sind und dass der Stadtratsbeschluss goldrichtig war. Wahrscheinlich lebt Herr Hauptmann in einer anderen Realität. Auch das Gejammere der IHK Südthüringen hat nichts mit der Lebenswirklichkeit zu tun, wenn von ihrer Seite behauptet wird, dass der „vorliegende Beschluss des Stadtrates...sicherlich aus Sicht betroffener amerikanischer Unternehmen...irritierend“ ist. Diese Irritationen hätten natürlich stärker beachtet werden müssen, denn: Amerikaner, die hier investiert haben, verfolgen mit einer angeborenen Angst ständig die Beschlüsse des Suhler Stadtrates. Vielleicht verkaufen die nun CDA an die Chinesen oder gar an Putins Freunde.

– ECKHARD GRIEBEL –

Gesetzentwurf für mehr direkte Demokratie in Thüringer Kommunen in der Diskussion

Der weitere Ausbau der direkten Demokratie in Kommunen ist ein wichtiges Anliegen von r2g.

Die Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN haben mit der Drucksache 6/1840 vom 08.03.2016 einen Gesetzentwurf für ein „Thüringer Gesetz zur direkten Demokratie auf kommunaler Ebene“ eingebracht. Im Internet findet man den Gesetzentwurf unter <https://forum-landtag.thueringen.de/sites/default/files/downloads/DRS61840.pdf>

Ziel der Koalition ist der Ausbau der direkten Demokratie in den Kommunen durch Neuregelungen, die in der Einleitung zum Gesetzentwurf wie folgt beschrieben werden:

- Ermöglichung von Bürgerbegehren auch in Ortsteilen und Ortschaften
- Bürgerbegehren zur Beteiligung der Gemeinde an Unternehmen werden zugelassen
- Bürgerbegehren zur Abwahl von Bürgermeistern werden mit gesonderten, sehr hohen Quoren ermöglicht
- Einführung von Ratsbegehren und Ratsreferendum, so dass der Gemeinderat mit Zweidrittelmehrheit selbst einen Bürgerentscheid ansetzen kann
- Einführung der Möglichkeit, dass der Gemeinderat bei einem Bürgerentscheid eine Alternativvorlage mit zur Abstimmung stellen kann
- Stichfrage, wenn mehrere Bürger-

entscheide zum selben Thema an einem Tag stattfinden

- Stärkung der Bindungswirkung von Bürgerentscheiden; es werden Bürgerbegehren mit halbiertem Unterschriftenquorum ermöglicht, die sich gegen Gemeinderatsbeschlüsse wenden wollen, mit denen Ergebnisse von Bürgerentscheiden kassiert worden sind

- Einführung einer Fairnessklausel
Darüber hinaus findet man bei näherer Beschäftigung mit dem Gesetzentwurf eine ganze Reihe weiterer Bestimmungen, die die Mitwirkung der Bürger an den kommunalen Angelegenheiten erweitern.

- ebe -

Bürgerinitiative "Rettung Portalgebäude Kulturhaus"

Nach den jahrelangen Auseinandersetzungen um die Zukunft des Portalgebäudes des einstigen Kulturhauses haben jetzt Bürger unserer Stadt eine Bürgerinitiative gegründet, die bürgerschaftliches Engagement für die Rettung des Portalgebäudes wecken und bündeln will. Damit soll die Verwirklichung der gefassten

Stadtratsbeschlüsse vorangebracht und der drohende Verfall gestoppt werden.

Die Initiatoren Klaus Meier und Stadtrat Dr. Wolfgang Wurschi (Freie Wähler) verfolgen zum einen das Ziel, die Notwendigkeit einer zeitgemäßen Unterbringung des Stadtarchivs und des Fundus des Waffenmuseums

transparenter zu machen und die Entwürfe der Architekten für die Nutzung des Gebäudes als Haus der Geschichte stärker in die Öffentlichkeit zu tragen. Die BI ist zum anderen bestrebt, Spenden von Bürgern und Unternehmen einzuwerben, um das Projekt auch finanziell zu unterstützen. Interessierte Bürger (unter denen hoffentlich auch Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN sein werden) können sich bei Herrn Klaus Meier unter 0170 / 2 72 41 79 melden. - ebe -

Morgenhahn-Team

Ein Team der AG Sport und Spiel Suhl/Zella-Mehlis kämpfte fünf Tage lang in der Früh beim MDR-Morgenhahn-Spiel um jeweils 100 Euro, die Flüchtlingskindern zugute kommen sollen. Während der ersten drei Tagen gelang es, gegen einen als Einzelkämpfer angetretenen Hörer zu gewinnen,

an den beiden letzten Tagen war der Hörer vorn. Die Mitglieder des Teams, darunter Stadträte der LINKEN, freuten sich trotzdem sehr über die gewonnenen 300 Euro. Die Freude wurde noch größer, als sich ein Hörer aus Döllstädt meldete, der spontan 200 Euro, die noch dringend für das Zuckerfest gebraucht wurden, spendete. Eine

großzügige Tat! Für das Aufsteigen von Luftballons wurden zusätzlich noch 120 Euro benötigt, damit Helium gekauft werden kann. Die IG Metall Suhl/Sonneberg stellte diese Summe und Spielgeräte bereit. Dem Vernehmen nach soll sich übrigens eine große Institution in Suhl aus rechtlichen Gründen nicht imstande gesehen haben, ein kleines Scherflein für die Kinder beizutragen.

-ebe-

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, Preis: eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl
 Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer Juli-Ausgabe 2016 ist am 24.06.2016.

Stadtratstelegramm

+++24. Sitzung am 25.5.16+++Information der IHK zur wirtschaftlichen Situation in Suhl+++Kritik an den hohen Steuersätzen+++Preise für Jahreskarten im Tierpark erhöht+++Bedarfsplan für Kindertagesstätten und die Tagespflege 2016/17 beschlossen+++Rechtsanspruch für Suhler Kinder gesichert+++Antrag von StadträtInnen zur finanziellen Un-

terstützung des VfB 91 mit 15/15/0 abgelehnt+++bemerkenswert: es gab keine Stimmenthaltung+++Willenserklärung zur Errichtung einer Außenstelle des Stadtarchivs für die Stasi-Unterlagen in Suhl+++Maßnahmen zur Würdigung der Befreiung Suhls durch amerikanische Truppen+++Gedenktafel auf dem Hauptfriedhof für die Suhler Opfer nach Kriegsende+++ - kwo -

Schäuble und die Rente mit 70

Finanzminister Schäuble hat am 20. April 2016 die Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung gefordert ("Es macht relativ viel Sinn, Lebenserwartung und Lebensarbeitszeit in einen fast automatischen Zusammenhang auch in der Rentenformel zu bringen") und damit die Rente mit 70 erneut ins Spiel gebracht. Begründet wird diese mit der Alterung der Gesellschaft. 2030 soll fast jeder dritte Deutsche älter als 65 Jahre sein. Damit gäbe es eine immer längere Rentenbezugsdauer. Aktuell beziehen Männer im Schnitt 17,3 Jahre Rente, Frauen 20,8 Jahre – fast doppelt so lange wie 1960. Künftig wird es mehr Rentner und weniger Beitragszahler geben. Im Jahr 1962 kamen auf einen Altersrentner sechs aktiv versicherte Erwerbspersonen. Heute stehen einem Altersrentner nur noch zwei Beitragszahler gegenüber. Daraus muss nicht zwingend abgeleitet werden, dass wir länger arbeiten müssen. Die Befürworter der Rente mit 70 denken völlig eindimensional, sehen nur das Verhältnis Rentner zu Beitragszahlern und lassen die Wirtschafts- und Produktivitätsentwicklung völlig außer Acht.

Bei steigender Produktivität sind steigende Rentenbeiträge leistbar

Sowohl der Eintritt in die Rente als auch deren Höhe hängen vor allem von der Produktivität unseres Landes ab. Sie bestimmt, ab wann wir uns eine Rente leisten können und wie hoch sie ausfallen darf. Fakt ist: 1950 konnte ein Bauer zehn und weitere zehn Jahre später bereits 17 Menschen mit seiner Arbeit ernähren. Heute kann ein Landwirt rein rechnerisch sogar 133 Personen ernähren. Bezogen auf die gesamte Wertschöpfung des Landes erzielte 1950 ein Erwerbstätiger eine Wertschöpfung von 6.375 € 2015 sind es bereits 69.000 € Wieso soll es bei dieser Steigerungsrate nicht möglich sein, dass zwei Erwerbstätige für die Rentenbeiträge eines Rentners aufkommen? Investitionen in Maschinen und Anlagen, in Strukturwandel und Infrastruktur haben sich ausgezahlt. Unser technisches Know-how hat entscheidend dazu beigetragen, dass wir uns den Sozialstaat leisten können, auch höhere Renten.

Der politische Wille ist gefragt

Wie die Produktivitätsgewinne eingesetzt werden, hängt vom politischen Willen der Regierenden ab. CDU-Finanzminister Schäuble und seine Unterstützer wollen keine gerechte Lösung. Gerecht wäre: Eine gesetzliche Rente für alle, in die auch alle einzahlen. Schäuble & Co. aber wollen das Renteneintrittsalter, dessen Anhebung von 65 auf 67 Jahre erst vor einigen Jahren beschlossen wurde, auf 70 Jahre anheben. Wenn das käme, dann würden viel mehr Leute aus gesundheitlichen Gründen oder weil die Arbeitsplätze fehlen nicht bis zum Renteneintrittsalter arbeiten können. Dann würde die Rente noch niedriger ausfallen, es wäre faktisch eine Rentenkürzung. Noch mehr Betroffenen droht dann die Altersarmut. Vielleicht will Schäuble einfach nur bei den Rentenzahlungen sparen. Solange Schäuble das bestehende Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenbeziehern nicht antastet, müssen die lohnabhängigen Beitragszahler mehr Lasten tragen, müssen die Rentenbeiträge bei immer weniger Beitragszahlern erhöht werden. Diejenigen, die Arbeit haben und nicht zu den Abgeordneten, Beamten, Selbstständigen und Freiberuflern gehören, tragen das gesetzliche umlagenfinanzierte Rentensystem. Mit dieser Einseitigkeit wird der einstige Konsens der Gesellschaft verlassen, wonach die Jungen für die Alten, die Gesunden für die Kranken und die Starken für die Schwachen sorgen. Im Gegensatz zur gesetzlichen Rente werden die Pensionen der Beamten von der gesamten Gesellschaft – aus Steuermitteln – finanziert. Das ist eine große Ungerechtigkeit! Es besteht dringender Handlungsbedarf. Eine wirkliche Alternative wäre die diskutierte Erwerbstätigenversicherung, in die auch Selbstständige, Freiberufler und Beamte einzahlen müssten. Die CDU, FDP und AfD möchten die Rentendiskussion aus dem Wahlkampf heraushalten. DIE LINKE muss langfristig und sehr offensiv mit diesem Thema umgehen! Wer die Rente mit 70 will, der strebt Lebensarbeitszeitverlängerungen und Rentenkürzungen an. **Wer also CDU oder AfD wählt, wählt seinen eigenen späteren Renteneintritt und eine mögliche Reduzierung seiner Rente.**

Von Österreich lernen

Wir können, was die gesetzliche Rente und die ergänzenden Vorsorgeregulungen angeht, durchaus von Österreich und der Schweiz lernen. Dort gibt es gute und gerechtere Regelungen, die Umverteilungen von „Oben“ nach „Unten“ beinhalten und ein höheres Rentenniveau sowie Mindestrenten. In der Altersversorgung konzentriert sich Österreich z.B. nach wie vor weitgehend auf die umlagefinanzierte Gesetzliche Rentenversicherung (GRV), in die auch die Selbstständigen einbezogen wurden und deren Bestimmungen schrittweise für Beamte zur Anwendung kommen. Liegt in Deutschland die monatliche Altersrente im Durchschnitt bei 1050 EUR, so erhielt 2013 in Österreich ein vergleichbarer Neurentner 1.560 EUR – bei 14 Auszahlungen pro Jahr. Die deutlich höheren GRV-Leistungen in Österreich sind mit einem höheren Beitragssatz verbunden. Er beträgt seit 1988 unverändert 22,8 Prozent, in Deutschland sind es im Jahr 2016 18,7 Prozent. Rechnet man in Deutschland 4 Prozent Beitragssatz zur Riester-Vorsorge hinzu, dann sind die Beitragssätze in beiden Ländern fast gleich hoch. Dabei tragen die österreichischen Arbeitgeber einen höheren Anteil am Rentenbeitrag als die Beschäftigten (12,55 Prozent vs. 10,25 Prozent), während es in Deutschland umgekehrt ist, wenn man die Beiträge zur Riester-Rente mit einrechnet. Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft haben die höheren Lohnnebenkosten zur Alterssicherung offenbar nicht gebremst. Die österreichische Wirtschaft hat sich sogar deutlich kräftiger entwickelt als in Deutschland. Während das Bruttoinlandsprodukt in Österreich von 2000 bis 2014 um 23 Prozent zunahm, betrug das Wirtschaftswachstum in Deutschland 17 Prozent. Die Erwerbstätigkeit nahm in Österreich um 15 Prozent zu, in Deutschland um sieben Prozent. Auch die Arbeitsproduktivität pro Stunde wuchs in Österreich (19 Prozent) stärker als bei uns (17 Prozent), bei gleichzeitig kräftigerem Lohnzuwachs.

Eine Bildungsreise erster Güte

...war die diesjährige, nunmehr 24. Antifa-Fahrt des Thüringer Landesverbandes der VVN-BdA, an der ich erstmals teilnahm und bewegende Momente und eindrucksvolle Begegnungen erlebte. Eine Station war am „Tag der Befreiung“ das Dokumentationszentrum „Oberer Kuhberg“, eine 1842-57 gebaute „Bundesfestung Ulm“, die seinerzeit die Verteidigung der Stadt sichern sollte und in keinerlei Weise für ständigen Verbleib von Menschen konzipiert war. Doch im November 1933 wurde diese Festungsanlage zum KZ des Landes Württemberg und gehörte zu den fast 100 KZ und „Schutzhaft“-Stätten in wenigen Monaten nach Hitlers Machtergreifung. Infam als „Schutz vor sich selbst und des Volkes Zorn“(!) deklariert, sollten sie die wirklichen und vermuteten poli-



tischen und weltanschaulichen Gegner als Persönlichkeiten und in ihrer Überzeugung brechen. Und indem die Verhaftungen - willkürlich ohne jeglichen konkreten Tatvorwurf oder gar Prozess - vorrangig in der Frühe in den Wohnungen bzw. am Arbeitsplatz erfolgten, wirkten sie auch einschüchternd und abschreckend in der Bevölkerung.

Bis 1935 in dieser Region das KZ Dachau und weitere Massenver-

nichtungslager das gesamte „Reich“ zu bis dahin unvorstellbaren Mordstätten machten, waren am Kuhberg ca. 600 Häftlinge eingekerkert, vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten, aber auch 3 katholische Pfarrer. Vor allem beim Gang durch die unterirdischen Kasematten ließ sich zumindest erahnen, was sie an Qual und Pein durchgemacht haben: auf engstem Raum (zeitweise bis zu 200) zusammengepfercht; in kalten, dunklen Verliesen auf dem feuchten Lehm Boden; mit kleinen Schießscharten als einzige Lichtquelle; in einer der Nischen im langen Gang 3 Eimer unter 3 Löchern im Holzbrett zum Verrichten der Notdurft.

Die beiden jungen Frauen, die uns durch die Anlage führten, vermittelten meisterlich, wie die Ungewissheit zermürbte, warum und wie lange noch man diesen unmenschlichen Bedingungen ausgesetzt sein würde, und wie schwer es da ist, standhaft zu bleiben. Es ist eine Schande, dass diese Menschen nach dem Krieg - auch weil viele Täter in Justiz und öffentlichen Ämtern auf ihren Stühlen blieben - Mühe hatten, als Opfer des Faschismus anerkannt und entschädigt zu werden, und manche nicht mehr die Kraft hatten diesen Kampf durchzustehen. Ermutigend ist: die Jugendgruppe der Gedenkstätte arbeitet im Geiste der Botschaft, die den Eingangsbereich prägt und die Hella Auerswald (mit unseren Gebinden zum ehrenden Gedenken) im Bild festgehalten hat.

- SONJA REINHARDT-

Termine Juni 2016

Di	31.05.	14.00 Uhr	„Deutschland Einheit - Deutschland Zweieit?“ mit Dr. Hans Modrow, Hotel Thüringen
Mi	01.06.	14.00 Uhr	Kinderfest zum Internationalen Kindertag für Flüchtlingskinder Turnhalle Neuer Friedberg
Mi	01.06.	18.00 Uhr	Zum 120. Geburtstag von Fritz Sattler liest Elke Pudszuhn aus Briefen aus Gefängnis und Zuchthaus 1935-1945; Kulturbaustelle
Mo	06.06.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung der Stadtratsfraktion DIE LINKE., Geschäftsstelle
Mi	08.06.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde mit Brigitte und Hella, Geschäftsstelle
Mi	08.06.	17.00 Uhr	BO-Versammlung Ilmenauer Str. /Himmelreich: Auswertung des Bundesparteitags, Volkssolidarität Am Himmelreich 2A
Fr	10.06.	09.30 Uhr	Erwerbslosenfrühstück, Geschäftsstelle
Fr	10.06.	14.00 Uhr 13.30 Uhr 14.00 Uhr 15.00 Uhr 19.00 Uhr	Thüringen rockt, Anger Erfurt Musikalischer Auftakt mit der Golden Sixties Band Eröffnung und Begrüßung Susanne Hennig-Wellsow Rede Bodo Ramelow Konzert mit Mellow Mark & House of Riddim
Sa	11.06.	10.00 Uhr	Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag, Erfurt, J.-Fuchs-Straße 1
Sa	11.06.	14.00 Uhr	Wohngebietsfest Suhl-Nord, Mehrgenerationenhaus „Die Insel“
Mo	13.06.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung der Stadtratsfraktion DIE LINKE. Geschäftsstelle
Di	14.06.	17.30 Uhr	Sitzung Stadtvorstand DIE LINKE. Geschäftsstelle
Mi	15.06.	19.00 Uhr	„Einheitsdrang? Einheitszwang? Zur SED-Gründung am Beispiel Thüringen“ Vortrag und Diskussion mit Dr. Steffen Kachel, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, eine Veranstaltung des Suhler Gesprächsforums „Alternativ“ und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V. Kulturbaustelle
Sa	18.06.	14.00 Uhr	Sommerfest der Suhler LINKEN - siehe Kasten rechts
Mo	20.06.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung der Stadtratsfraktion DIE LINKE. Geschäftsstelle
Mi	22.06.		Gedenken zum 75. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. Deutsch Russische Freundschaftsgesellschaft Ortsgruppe Suhl und Ortsgruppe VVN/BdA
		15.00 Uhr	Gedenktafel am Waffencemeterium
		16:00 Uhr	Gedenkstätte Friedhof Dietzhausen
		17:00 Uhr	Kinoveranstaltung im Cineplex
Mi	22.06.	18.00 Uhr	Seniorencafe AG Senioren. Geschäftsstelle
Mo	27.06.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung der Stadtratsfraktion DIE LINKE. Geschäftsstelle
Di	28.06.	17.30 Uhr	Sitzung Stadtvorstand DIE LINKE. Geschäftsstelle
Mi	29.06.	17.00 Uhr	Stadtrat. Oberrathausaal

Sommerfest der Linken '16

Politik und Kultur zum Anfassen

Suhl: Stadt des Friedens

18. Juni ab 14 Uhr

Volkssolidarität

Am Himmelreich 2a

Gespräch mit Martina Renner (MdB)

Suhl „Stadt des Friedens“ mit Initiatoren und Akteuren

VfB 91/Volleystars über ihre Nachwuchsarbeit und ihre Zukunft

Für die Unterhaltung sorgen „Jazznah“,

die Tanzgruppen der „Auszeit“ sowie „Diana + Waffenschmied“

Kaffee und Kuchen, Gegrilltes und Getränke